

Editorial

Wir haben die Karten in der Hand

Nach 15 Jahren im Ständerat habe ich aufgehört, die vielen parlamentarischen Vorstösse zu zählen, die eine vertiefte Reflexion über Bildung, Forschung und Innovation (BFI) fordern. Seit 2006 existiert die Grundlage dafür: Die Bundesverfassung verlangt von Bund und Kantonen eine gemeinsame Steuerung des BFI-Bereichs. Nun sind die dafür benötigten Instrumente zum Greifen nahe.

Zum einen sind zwei Gesetze in der Pipeline. Das eine regelt die Förderung und Koordination der Hochschulen. Wie sich die Hochschulen koordinieren, wird künftig Einfluss auf die Beiträge haben. Das Thema ist komplex und wird zurzeit von der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats beraten. Das zweite Gesetz soll die Forschungs- und Innovationsförderung optimieren. Zudem scheint es, als beabsichtige der Bundesrat, Forschung und Innovation in absehbarer Zeit in einem Departement zu vereinen: Mit der Regierungsreform soll die nationale Steuerung der Bildung und Forschung ab 2012 kohärenter werden. Zu dieser Konstellation kommt hinzu, dass sich das Parlament noch dieses Jahr für oder gegen eine Rückkehr zur «Stop-and-Go-Politik» für die Bildung und Forschung entscheiden muss. Und 2011, 2012 und 2013 steht die Beratung der BFI-Botschaften 2012 und 2013-16 respektive des 8. EU-Forschungsrahmenprogramms an (siehe Seite 3).

Wir Politiker haben alle Karten in der Hand, um einen wichtigen strategischen Prozess zu leiten. Stützen wir uns dabei auf einen kooperativen Föderalismus, die nationale Vision aber immer vor Augen.

Peter Bieri, Ständerat
Mitglied des Teams FUTURE

Nationaler Bildungsbericht 2010

Faktenbasis für künftige Entscheidungen

Der nationale Bildungsbericht 2010 bietet einen Überblick über die aktuelle Situation der Bildungslandschaft Schweiz. Er präsentiert nicht nur nackte Zahlen sondern klärt die Zusammenhänge und analysiert die Besonderheiten der Schweiz. Damit ist er die Basis für künftige Entscheidungen.

Der Artikel 61a der Bundesverfassung verpflichtet Bund und Kantone, gemeinsam für eine hohe Qualität des Bildungsraumes Schweiz zu sorgen. Ein Instrument, um dieser Aufgabe nachzukommen, ist ein langfristig angelegtes Bildungsmonitoring. Als erstes Produkt resultiert daraus der Bildungsbericht Schweiz 2010, den die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF), des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) realisiert hat. Auf 300 Seiten und einem Kilo Papier liegt die Analyse der Bildungslandschaft Schweiz, genauer gesagt, die Basis für die Strategie 2012-16, nun auf dem Tisch.

Ursula Renold, BBT-Direktorin:
«Bund und Kantone verständigen sich erstmals über eine Strategie zur Weiterentwicklung des Bildungsraumes Schweiz.»

Entscheidungsgrundlage

Es ist das erste Mal, dass eine Publikation den aktuellen Wissensstand über sämtliche Bildungstufen der Schweiz, von der Vorschule bis zur Universität, festhält. «Bund und Kantone verständigen sich

damit erstmals über eine Strategie zur Weiterentwicklung des Bildungsraumes Schweiz», sagt Ursula Renold, Direktorin des BBT. Der Bildungsbericht enthält keine Handlungsanweisungen an die Politik, er ist vielmehr die neutrale Faktenbasis für die kommenden Entscheidungen im Bildungsbereich. Und davon gibt es auf der Tertiärstufe in den nächsten Jahren genug: Das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG), die Botschaften über die Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaften) 2012 und 2013-16, oder die allfällige Zusammenfassung der Bildung in einem Departement, um einige zu nennen.

Schweizer Besonderheiten

Viele der im Bildungsbericht präsentierten Ergebnisse für die Tertiärstufe sind nicht grundlegend neu. Dass sich etwa die jährlichen Kosten pro Studierenden je nach Fachbereich stark unterscheiden oder Kinder bildungsferner Eltern auf Hochschulstufe tendenziell untervertreten sind, wissen sowohl BFI-Akteure wie auch Politik schon länger. Die Stärke des Bildungsberichts liegt darin, dass er nicht nur nackte Zahlen präsentiert, sondern auch Zusammenhänge aufzeigt, die Situation mit den Gegebenheiten im Ausland vergleicht und die Fakten im Hinblick auf die schweizerischen Besonderheiten analysiert.

Das SBF und das BBT werden die Ergebnisse des Bildungsberichts nun gemeinsam mit der EDK auswerten. Daraus werden Entscheide für die Weiterentwicklung des Bildungssystems abgeleitet. Der nächste Bildungsbericht erscheint 2014. (FUTURE / sca)

www.bildungsbericht.ch

news

Gentechnik
**Wissenschaftliche
Kompetenz erhalten**

Das Parlament berät zurzeit eine Änderung des Gentechnikgesetzes. Nach dem Ständerat wird der Nationalrat am 8. März 2010 über die Verlängerung des Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) entscheiden.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) hat in der Beratung einem Zusatz des Ständerats zugestimmt, der den Bundesrat beauftragt, rechtzeitig Bestimmungen für die Übergangsfrist zu erlassen. Der Gesetzesentwurf wurde mit dieser Änderung mit 20 zu 6 Stimmen angenommen. Eine Minderheit wollte den Zusatz des Ständerats streichen. Eine andere Minderheit beantragte, das Moratorium nach dem 27. November 2013 nicht mehr zu verlängern. Zusätzlich hat die WBK-N ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat beauftragt, Massnahmen vorzuschlagen, welche nach dem Ablauf des Nationalen Forschungsprogramms 59 (NFP 59) die wissenschaftliche Kompetenz in der Pflanzenbiotechnologie erhalten und weiterentwickeln. Die Forschung in diesem Bereich ist unabhängig vom Moratorium oder dem kommerziellen Anbau von GVO unerlässlich.

EU-Rahmenprogramme
**Exzellenter Return
on Investment**

Die Teilnahme der Schweiz an den Forschungsrahmenprogrammen der EU (FP) wirkt sich positiv auf unseren Forschungs- und Wirtschaftsstandort aus. Seit die Schweiz an die EU-Programme assoziiert ist, profitiert sie von einem positiven Kapitalrückfluss: Ihr Beitrag an FP7 beispielsweise beträgt 2,6 Prozent des Gesamtbudgets. In die Schweiz zurück fließen aber Fördergelder in der Höhe von 3,8 Prozent

der vergebenen Mittel. Die FP bringen den Schweizer Forschungsinstitutionen jährlich rund 200 Millionen Franken an Fördergeldern und sind damit eine bedeutende Quelle für Drittmittel und ein wichtiges strategisches Element.

Auch für die Wirtschaft lohnt sich die Teilnahme. Die FP sind die wichtigste öffentliche Finanzierungsquelle für die Forschung und Entwicklung (F&E) privater Firmen. In FP6 wurden jedes Jahr knapp fünfzig Millionen Franken an Unternehmen ausbezahlt, davon mehr als die Hälfte an KMU. Jede Schweizer Beteiligung an einem europäischen Projekt schafft zudem rund zwei Arbeitsplätze. Diese und weitere Ergebnisse gehen aus einem Zwischenbericht des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) zur Beteiligung der Schweiz an den FP hervor.

www.sbf.admin.ch → Dokumentation → Publikationen → «Auswirkungen der Beteiligung der Schweiz an den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen – Zwischenbericht 2009»

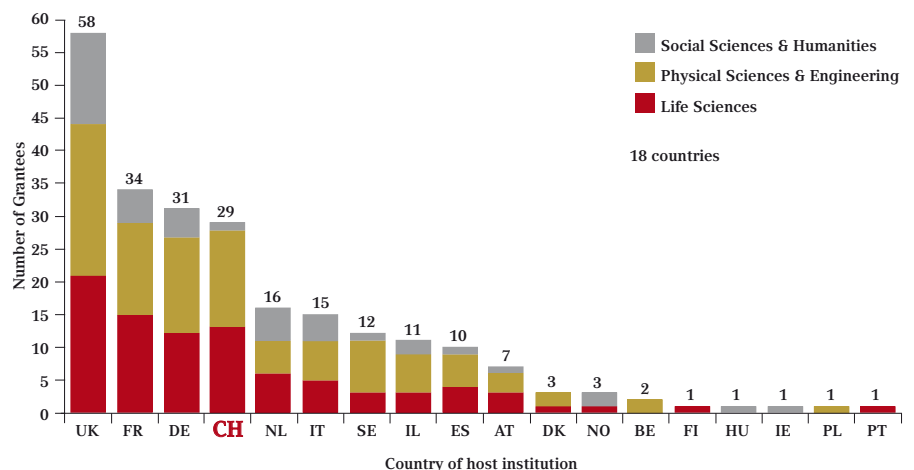
Europäischer Forschungs-
rat (ERC)
**Schweiz im Länder-
vergleich auf Top-
Plätzen**

Bei der zweiten Ausschreibung der Advanced Grants für etablierte Spitzenforschende des Europäischen Forschungsrats (ERC) haben Schweizer Institutionen 29 Grants erhalten. Damit wurde die Schweiz im Ländervergleich nur von Grossbritannien, Deutschland und Frankreich geschlagen und liegt auf dem hervorragenden 4. Rang (siehe Grafik). Bereits im September 2009 hat der ERC die Starting Grants für exzellente Nachwuchsforschende vergeben. Auch bei dieser Ausschreibung schnitt die Schweiz hervorragend ab. Insgesamt gingen 17 Starting Grants an helvetische Institutionen, womit sich die Schweiz im Ländervergleich auf dem 5. Rang platziert.

Das wichtigste Auswahlkriterium bei den ERC-Ausschreibungen ist die wissenschaftliche Exzellenz. Daher sind die ERC-Beiträge mit sehr viel Prestige verbunden. Ein Advanced Grant beispielsweise bringt bis zu 3,5 Millionen Euro an Fördergeldern.

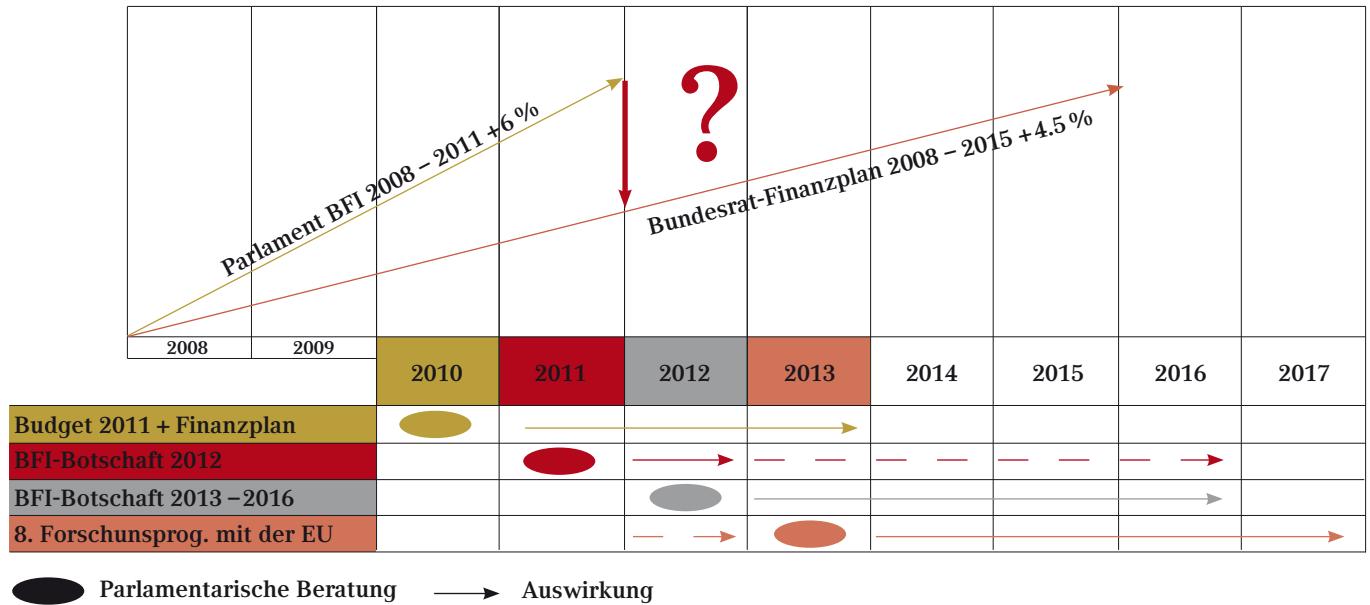
<http://erc.europa.eu> → What's New → Top research leaders selected in second ERC Advanced Grant competition

Zweite Ausschreibung ERC Advanced Grants. Anzahl Grants je Land.



Quelle: ERC Advanced Grant 2009. Outcome: Indicative statistics.

«Rush» der parlamentarischen BFI-Geschäfte 2010 - 2013



Botschafts-Kaskade

Die parlamentarische Agenda im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) der nächsten drei Jahre ist voll. Da die verschiedenen Geschäfte rasch aufeinander folgen und gegenseitig voneinander abhängen, könnten Dominoeffekte entstehen.

Im Sommer 2010 wird der Bundesrat drei Botschaften verabschieden:

- Budgetvorschlag 2011
- Finanzplan der nächsten Jahre
- Konsolidierungsprogramm 2011-13

Je nach Auswirkung auf die jährlichen Budgets werden wir sehen, ob der Bundesrat bei der Finanzierung zum «Stop-and-Go-Prinzip» zurückkehrt. Zurzeit ist nur sicher, dass das Konsolidierungsprogramm Einsparungen in der Höhe von 4,5 Milliarden Franken über drei Jahre anvisiert.

Im Wahljahr 2011 wird das Parlament die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

Zudem...

...Vergessen wir nicht, dass der Ständerat zurzeit das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) prüft. Der Nationalrat könnte sich damit 2011 befassen. In der Pipeline sind auch das Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG) sowie das Weiterbildungsgesetz. Und um das Ganze zu krönen, hat der Bundesrat angekündigt, mit einer Regierungsreform den Bereich Wissenschaft, Bildung und Innovation kohärenter zu gestalten.

(BFI-Botschaft) 2012 beraten. Es ist eine Übergangsbotschaft. Die gewohnte vierjährige Botschaft wird vom neuen Parlament beraten werden.

Das Jahr 2012 beginnt mit dem «Bruch» zwischen den beiden mittleren Wachstumsraten von 6 Prozent (BFI-Botschaft 2008-11) und 4,5 Prozent (Zielwachstum

des Bundesrats bis 2015) (siehe Grafik). 2012 ist auch das Jahr, indem das neue Parlament die «grosse» BFI-Botschaft 2012-16 beraten wird.

Im Jahr 2013 wird die Beratung der Teilnahme der Schweiz am 8. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP8) auf der Agenda stehen. FP8 beginnt 2014.

Wie man sieht, wird nur ein antizipativer und globaler Ansatz, der bereits jetzt vorbereitet wird, Kohärenz zwischen allen dem Parlament vorgelegten Geschäften ermöglichen. (FUTURE / cc)



12 Milliarden Ausgaben für private Forschung und Entwicklung

Die Unternehmen in der Schweiz haben 2008 fast 12 Milliarden Franken oder 2,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung (F&E) im Inland aufgewendet. Damit belegt die Schweiz weltweit den 6. Rang. Die Ausgaben der Schweizer Unternehmen für Forschungstätigkeiten im Ausland erreichten den Rekordwert von 15,8 Milliarden Franken. Dies geht aus einer Erhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) und *economiesuisse* hervor.

www.bfs.admin.ch → Themen → Volkswirtschaft

Kantonalbank stiftet eine Million für Professuren in Raumplanung

Die Neuenburger Kantonalbank wird an der Universität Neuenburg (UniNe) über vier Jahre zwei Professuren finanzieren. Dank des Beitrags an eine Rechts- und eine Geografieprofessur in der Höhe von einer Million Franken entsteht an der UniNe ein interfakultärer Kompetenzpool im Bereich Raumplanung.

Bildungsabkommen zwischen Schweiz und EU unterzeichnet

Bundesrat Didier Burkhalter hat in Brüssel das bilaterale Bildungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU unterzeichnet. Das Abkommen eröffnet der Schweiz die offizielle Teilnahme an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU.

Mehr Personal an Schweizer Hochschulen

Im Jahr 2008 waren rund 49'800 Personen an einer Schweizer Universität beschäftigt. Dies entspricht einer Zunahme von 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Frauenanteil beläuft sich auf 41 Prozent, was einer Steigerung von 4 Prozent seit 1999 entspricht. Das Personal der Fachhochschulen (FH) nahm um 11 Prozent auf rund 33'000 Personen im Jahr 2008 zu. 42 Prozent der FH-Beschäftigten sind Frauen, wobei sie vor allem administrative Arbeiten ausführen.

Nur 33 Prozent arbeiten als Professorinnen. Dies geht aus zwei Publikationen des Bundesamtes für Statistik hervor.

www.bfs.admin.ch → Aktuell → Publikationen

Wissenschaft ist für Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen

Ein wissenschaftliches Komitee mit Vertretern aus Forschung, Hochschulen, Medizin und Ethikkommissionen setzt sich für den Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen ein, über den das Volk am 7. März 2010 abstimmen wird. Auch FDP, CVP, SP, BDP, Grünliberale sowie Exponenten der SVP haben ein Ja-Komitee gegründet.

Grünes Licht für Konkordatsentwurf der Westschweizer Fachhochschule

Der Bundesrat hat den Konkordatsentwurf der Westschweizer Fachhochschule (HES-SO) genehmigt. Er ist der Ansicht, der Entwurf verbessere die Führungs- und Organisationsstruktur der HES-SO. Die Fachhochschule muss nun bis Ende 2012 einen Bericht zur Implementierung der neuen Strukturen vorlegen. 2009 war eine Expertengruppe zum Schluss gekommen, die Führung und Organisation der HES-SO entsprechen den gesetzlichen Vorgaben nicht genügend.

Neue Rektoren für Universitäten Bern und Luzern

Der Berner Regierungsrat hat den Medizinprofessoren Martin Täuber zum Rektor der Universität Bern gewählt. Er tritt sein Amt auf den 1. August 2011 an. Auch die Universität Luzern erhält per 1. August 2010 einen neuen Rektor. Der Universitätsrat hat Prof. Paul Richli ernannt. Richli ist Professor für öffentliches Recht, Agrarrecht und Rechtsetzungslehre.

Direktor Peter Schurtenberger tritt zurück

Prof. Peter Schurtenberger, Direktor des Adolphe Merkle Instituts (AMI) in Freiburg, hat seinen Rücktritt auf den 30. Juni 2010 eingereicht. Begründet wird der Abgang mit unterschiedlichen Sichtweisen zur Autonomie des AMI und zur Kompetenzverteilung. Das AMI

konnte 2008 dank einer Schenkung von 100 Millionen Franken des Freiburger Industriellen Adolphe Merkle gegründet werden. Es ist im Bereich der Nanotechnologieforschung aktiv.

Verband für Weiterbildung präsentiert Vorschlag für Weiterbildungsgesetz

Der Schweizerische Verband für Weiterbildung (SVEB) hat einen Entwurf für ein Weiterbildungsgesetz ausgearbeitet. Es soll Transparenz in den Weiterbildungsmarkt bringen und zu mehr Qualität führen. Mit dem Gesetzesentwurf leistet der SVEB konzeptionelle Vorarbeit für den Bundesrat, der mit der Umsetzung des Verfassungsauftrags von 2006 lange nicht vorankam.

Forschung bleibt vornehmlich Männerdomäne

Obwohl der Frauenanteil in der Forschung seit rund zehn Jahren zunimmt, ist die Chancengleichheit noch nicht erreicht. Nur 27 Prozent der in der Schweiz Forschenden sind Frauen. Der Frauenanteil sinkt überdies mit jeder Stufe der Karriereleiter. Bezüglich Chancengleichheit liegt die Schweiz hinter Europa zurück, wie aus der Studie «She Figures 2009» der Europäischen Kommission hervorgeht. Die Studie bezieht sich hauptsächlich auf Zahlen aus den Jahren 2006 und 2007.

www.ec.europa.eu/research/science-society

Impressum

Netzwerk FUTURE
Bim Zytglogge 1
3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
Fax 031 351 88 47
www.netzwerk-future.ch

© Netzwerk FUTURE 2010

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.